



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/168 - 25.7.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

Der SPD-Vorstand zu Genf	S. 1
Wer hetzt in Marokko?	S. 3
Die terminierte Freiheit an der Saar	S. 5
Erstes Zonenecho zu Genf	S. 7

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 030 890

## Die Pflicht Bonns zu neuer Initiative

Vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird zu dem Ausgang der Genfer Konferenz erklärt:

1. Die Konferenz hat einen bedeutsamen Beitrag zu den Bemühungen um die Entspannung der internationalen Gegensätze und den Abbau des Kalten Krieges geleistet. Der von den Regierungschefs an die Vertreter ihrer Länder in der Abrüstungs-Kommission der Vereinten Nationen erteilte Auftrag sichert die Fortführung der Verhandlungen dieser Kommission, die in London im Frühjahr dieses Jahres zu beachtlichen Ergebnissen geführt hatten. Der Konferenzverlauf bestätigt die Berechtigung der immer wieder von der Sozialdemokratischen Partei erhobenen Forderung nach Viermächteverhandlungen.
2. Im Gegensatz zu der Berliner Außenminister-Konferenz vom Januar 1954 ist in Genf das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands und der europäischen Sicherheit als ein Ganzes behandelt worden. Der unlösbare Zusammenhang beider Probleme ist offenkundig geworden. Der Verlauf der Diskussion in Genf zeigt aber auch die Gefahr, dass das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands gegenüber der weiteren Verhandlungen über das Sicherheitsproblem in den Hintergrund gerückt wird. Diese Entwicklung ist das Resultat der Politik der Bundesregierung, unter allen Umständen die Bundesrepublik zu einem Bestandteil von NATO zu machen. Die Behauptung der Bundesregierung, dass die Ein-

25.7.1955

beziehung der Bundesrepublik in NATO die Wiedervereinigung erleichtern werde, ist widerlegt.

3. Die Ergebnisse der Genfer Konferenz beweisen die Richtigkeit der Erklärung, die der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich Ollenhauer, in der Sitzung des Deutschen Bundestages am 16.7. abgegeben hat.

Es muß und kann ein Weg gefunden werden, der zu diesem Ziel führt. Der Beitrag, der von den vier früheren Besatzungsmächten geleistet werden kann, muß darauf hinauslaufen, dass von allen Seiten die Versuche eingestellt werden, die deutschen Teilstaaten oder ganz Deutschland jeweils in das Militärsystem des Ostens oder des Westens eingliedern zu wollen. Wer den Status quo mit seinen Gefahren für den Frieden überwinden will, der muß auch bereit sein, die Bindungen der Bundesrepublik und der sowjetisch besetzten Zone an die Militärsysteme in West und Ost - NATO und Warschauer-Pakt-Organisation - zur Erörterung zu stellen.

4. Die Bundesregierung hat die Aufgabe, in Vorbereitung der Außenminister-Konferenz im Oktober 1955, Vorschläge über den internationalen Status eines wiedervereinigten Deutschlands zu entwickeln, die die Zustimmung aller vier Großmächte zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit und seine Mitwirkung in einem Sicherheitssystem ermöglichen.

Die Sozialdemokratische Partei begrüßt die Ermächtigung an die Außenminister, die interessierten Parteien zur Beratung oder Konsultation hinzuzuziehen. Die Bundesregierung sollte in jedem Falle von einer solchen Möglichkeit Gebrauch machen, ohne ihren ablehnenden Standpunkt in Bezug auf die politische oder rechtliche Anerkennung der Sowjetzonenregierung aufzugeben.

5. Die offensichtlichen Schwierigkeiten in der gegenwärtigen internationalen Situation, zu einer schnellen Lösung in der Frage der deutschen Einheit zu kommen, machen es doppelt notwendig und dringend erforderlich, dass die Bundesregierung alle denkbaren Schritte unternimmt und alle Möglichkeiten fördert, die Beziehungen zwischen der Bevölkerung der Sowjetzone und der Bundesrepublik so normal wie möglich zu gestalten.

Die Hoffnung des deutschen Volkes, dass die Bundesreg<sup>publik</sup>~~ierung~~ alles unternimmt, was in ihren Kräften steht, um die Wiedervereinigung zu ermöglichen, darf nicht enttäuscht werden.

Nordafrika ist nicht nur für Frankreich wichtig

b.v. Paris

Im Augenblick herrscht in Marokko, äußerlich, Ruhe. Der Generalresident Grandval griff scharf durch. Er selbst war von Marokkanern auffallend herzlich begrüßt worden, während ihm bald darauf, bei den Beisetzungsfestlichkeiten für die Opfer eines feigen Bombenattentats, Europäer tödlich angriffen, beschimpften, bespöten.

Die Leute, die auf diese widerliche Weise ihrer Mißachtung und ihrem Mißtrauen Ausdruck gaben, gehörten verschiedenen Nationen an. Hauptsächlich jedoch waren sie Franzosen, und selbstverständlich sind auch die höheren und mittleren Polizeibeamten Franzosen, die einen so miserablen Dienst durchführten, dass es zu den erwähnten Szenen kommen konnte - oder sollte. Einer der verantwortlichen Polizei-offiziere wurde sofort seines Amtes enthoben, und wenn in Paris ganz offen von einer Komplizität der Polizei gesprochen wird, so wird gleichzeitig angedeutet, dass auch noch andere Kräfte am Werke sind, um zu verhindern, dass politische und soziale Reformen durchgeführt werden.

In derselben Viertelstunde, als vor der Kirche nach der erwähnten Trauerfeier Generalresident Grandval attackiert wurde, begrüßten seine brüllenden, spuckenden Gegner nicht nur einen hohen französischen Offizier, sondern jubelten auch dem "Pascha von Marakesch" zu, der das Oberhaupt der marokkanischen Berber ist. Dieser, El Glaoui, der zum enorm reichen Feudalherrn, zum "Sultan des Südens" - nämlich des marokkanischen Südens - aufgestiegene einstige kleine Stammesfürst, der als der größte Bordelibesitzer nicht nur Afrikas bezeichnet wird, gilt als zuverlässiger politischer Freund Frankreichs: Nur dadurch, dass er sich auf Frankreich stützt, kann er hoffen, seine Machtstellung zu halten. Ihn also begrüßten die spuckenden Schreier voller Begeisterung, denn selbstverständlich ist auch er ein Gegner jeder politischen Reform.

Terror und Gegenterror

Dennoch bedarf es nicht des "Glaoui", um in Marokko die Leidenschaften zu schüren. Dafür sorgen vielmehr zwei Antagonisten, nämlich

auf marokkanischer Seite die Anhänger der Istiqlal-Partei, auf europäischer die Kolonialisten klassischen Stils. Die ersten praktizieren den Terror, die zweiten den nicht minder kräftigen und verantwortungslosen Gegenterror. Nun wäre alles sehr freundlich und einfach, wenn der Chronist mit dem Brustton der Überzeugung verkünden könnte: Der Istiqlal ist die nationale Partei, die für Freiheit und Recht in Marokko eintritt, sie ist das einzige, das wahre Gegengewicht zum Kolonialismus. Leider jedoch wäre diese pathetische Formulierung irreführend. Denn der Istiqlal ist nicht marokkanisch, sondern islamitisch, und er wird in seinen Handlungen durch höchst materielle Interessen einer Handvoll reaktionärer Herren bestimmt. Es stehen sich also durchaus nicht zwei idealistische Gegner gegenüber, sondern zwei äußerst materialistische, und beide haben das größte Interesse daran, Öl in die Flammen zu gießen.

Frankreichs Protektorats-Herrschaft in Marokko ist noch jung. Nachdem zur Zeit Napoleons bereits begonnen wurde, auf das verrottete Sultanat Einfluss zu nehmen, wurde die Schutzherrschaft selbst erst 1912 anerkannt, und während die ersten Vertreter Frankreichs ehrlich davon überzeugt waren, es werde möglich sein, eine gemeinsame Interessenbasis zu schaffen, entstand später die rasch wachsende, unausgesprochene Überzeugung, aus dem Protektorat werde langsam aber sicher eine getarnte Kolonie werden. Dabei wäre es eine üble Geschichtsfälschung, wollte man behaupten, Frankreich habe für die Entwicklung des riesigen Gebietes nicht sehr viel getan. Denn das Gegenteil ist richtig.

#### Fülle an Gegensätzen

Frankreich ist jedoch heute nicht mehr der einzige Staat, der an Marokko interessiert ist. Vielmehr gehört dieser mächtige Nordwestzipfel Afrikas in das strategische Gebiet der Nordatlantik-Pakt-Staaten (NATO), deren militärisches Oberkommando (SHAPE) Marokko zweifellos in seine Berechnungen einbezogen hat. Auf der anderen Seite jedoch geben die arabisch-muselmanischen Staaten des Mittleren Ostens, Ägypten an der Spitze, ganz offen ihr Interesse an der Rebellion gegen den französischen Einfluss in Marokko und ganz Nordafrika zu, so dass eine Fülle von Gegensätzen besteht, die zu den bedrücklichsten Zusammen-

stößen führen müssen. Daher war es ein Gebot der Vernunft, als einzigen Ausweg aus dieser Verflechtung von Interessen eine Reformpolitik zu empfehlen, und es ist bekannt, dass Grandval mit entsprechenden Aufträgen versehen wurde.

Viele Anzeichen jedoch sprechen dafür, dass er eine der Herkules-Arbeiten zu vollbringen haben wird, nämlich die des Säuberns eines politischen Augias-Stalles. Auch muß er - und er weiß es - nicht nur mit der heftigsten Abwehr durch die europäischen Kolonialisten alten Stils und mit der durch den Istiglal rechnen, sondern in höchstem Maße auch mit der Gegnerschaft sehr einflussreicher Gruppen und Persönlichkeiten in Frankreich selbst. Es sind dieselben Kreise, die einer "Politik der Stärke" das Wort reden und in den Entscheidungen des damaligen Generalresidenten Juin die wahre Weisheit sahen. Sie haben nichts vergessen und nichts dazugelernt.

\* \* \*

#### Die "Freiheit" bricht herein

FSP. Mit der Verkündung der Gesetze zum Saarstatut begann die dreimonatige Vorbereitungszeit für die Durchführung der Volksabstimmung. Damit ist es zum ersten Male seit Beendigung des zweiten Weltkrieges in diesem deutschen Gebietsteil möglich, eine von der französischen Zielsetzung abweichende Politik in aller Offenheit zu vertreten. Das, was bis zu diesem Tage verboten war und unterdrückt wurde, wird danach demokratisch und legal sein. Es ist schon eigenartig, dass die Freiheit durch Verkündung einiger Gesetzestexte im Amtsblatt und unter der Aufsicht einer neutralen Kommission in einem Gebiet eingeführt werden muß, das zur westlichen Welt gehört und dessen Befreiung von einem totalitären Regime zu den erklärten Kriegszielen der Demokratien des Westens gehörte, als sie gegen Hitler-Deutschland antraten.

Diese Tatsache beweist aber auch, dass in den zehn Jahren nach 1945 an der Saar Willkür und Unterdrückung herrschten und dass das heute bestehende Regime der Separatisten nur in dem Klima der Unfreiheit gedeihen und sich behaupten konnte. Von wundert es da, wenn die

lerzeitigen Machthaber in Saarbrücken diesen Tag der Freiheit mit Furcht und Grausen entgegensehen und jetzt noch verzweifelte Anstrengungen machen, ihren Terror und ihre Polizeigewalt hindüberzuretten in die Übergangslösung, die mit dem Saarstatut bis zum Friedensvertrag statuiert werden soll? Die Gesetzestexte, die der französische Innenminister der Saarregierung, Monsieur Hector, dem Saarlandtag vorlegte und die dieser wie bisher alles billigte, sind ein Rohn auf die Demokratie. Sie sind nichts anderes als der Versuch, die Furcht vor der freien Meinungsäußerung und vor der freien Entscheidung in der Saarbevölkerung aufrechtzuerhalten. Dieser Mann und alle anderen Separatisten wissen zu genau, dass es um Sein oder Nichtsein ihrer unter dem Schutz der Besatzungsmacht errichteten Herrschaft geht und deshalb sind sie zu allem bereit. Schließlich kam dieser Monsieur Hector nach 1945 als Capitain der französischen Armee an die Saar und er scheint zu wissen, was er seinem französischen Fahnenid schuldig ist.

#### Tiefgreifender Stimmungsumschwung

Aber diese letzten Zuckungen des Separatismus zeigen auch mit aller Deutlichkeit, wie sehr CVP und SPS ihre bisher unterdrückten und schikanierten Gegner fürchten. Sie wissen, dass an dem Tag, an dem die deutschen Parteien an die Öffentlichkeit treten, große Abrechnung gehalten wird mit dem System der Korruption und der Lüge. Neuerdings spricht man im separatistischen Lager gar nicht mehr davon, es handle sich bei diesen drei deutschen Parteien um bedeutungslose Splittergrüppchen, die man nicht zu fürchten brauche. Im Gegenteil, man scheint begriffen zu haben, dass heute schon große Teile der Saarbevölkerung hinter diesen Parteien stehen und gewillt sind, sie zu unterstützen und für ihre Zielsetzung einzutreten.

Jeder, der mit offenen Augen die Entwicklung an der Saar beobachtet, wird festgestellt haben, dass seit einiger Zeit ein tiefgreifender Stimmungsumschwung bei der Saarbevölkerung im Gange ist und dass das bisherige Regime ein Maß an Unpopularität erreicht hat, das schlechterdings nicht mehr zu überbieten ist. Und deshalb sind die Separatisten in der Situation eines Mannes, der den Versuch macht, mit einer Verbotsstaffel eine Lawine aufzuhalten. Wer die Struktur und die Einsatz-

bereitschaft der deutschen Parteien kennt, der weiß, dass bei ihnen Bangemachen nicht gilt. Ihre Freunde und Anhänger haben in den Jahren der Unterdrückung und Verfolgung soviel Idealismus für ihre gerechte Sache gezeigt, dass einige Verbots- und Strafparagrafen in den Gesetzen des Monsieur Hector sie nicht daran hindern können, alles zu tun, damit an der Saar Gerechtigkeit und Freiheit über das Unrecht und die Unterdrückung den Sieg davontragen.

Die Entwicklung in der Welt zeigt, dass die Zeit des Kolonialismus zu Ende geht. Das Saargebiet will deshalb nicht in kolonialer Ausbeutung und Unfreiheit verharren, sondern bei der endgültigen Lösung der Saarfrage als Teil Deutschlands mit den anderen Völkern Europas in Frieden und Freiheit zusammenleben. Der Weg dorthin führt nur über die deutschen Parteien. Ihr Sieg über den Separatismus ist die Parole für jeden Deutschen an der Saar.

\* \* \*

#### Die Zone ist enttäuscht

E.Z., Berlin

Wer die Bedeutung der Genfer Konferenz in ihrer ganzen Tragweite beurteilen will, darf nicht übersehen, welche Wirkung sie auf die 18 Millionen Deutschen in der Sowjetzone hat. Gespräche mit Bewohnern aus den verschiedensten Orten Mittelddeutschlands lassen überall Enttäuschung und Resignation erkennen. Denn wenn man auch von Genf natürlich nicht die Wiedervereinigung oder unmittelbar einleitende Maßnahmen dazu erhofft hatte, so doch wenigstens konkrete Inhaltspunkte dafür, wie sich die Vier den Weg zu diesem Ziel vorstellen. Darüber händen sich aber in ihren Richtlinien an die Außenminister nur sehr allgemeine und praktisch ziemlich nichtssagende Wendungen.

Es ist zu befürchten, dass die Enttäuschung über das Ausbleiben solcher Einweise sehr reale Wirkungen haben kann. Immer wieder berichten Gesprächspartner, was viele ihrer Mitbürger in der Zone unter der Hand sagen: Wir haben noch bis Genf gewartet, jetzt wird uns auch nichts anderes übrig bleiben, als die Flucht nach dem Westen. - Es ist also durchaus möglich, dass in der nächsten Zeit der Flüchtlingsstrom wieder

25.7.1955

answellen wird. Das aber könnte sehr leicht Aktionen des SED-Regimes in Mitteldeutschland auslösen, die wieder eine neue Erschwerung der Beziehungen zwischen den in der Bundesrepublik und in Mitteldeutschland lebenden Menschen mitsichbringen würden.

Auch eine neue Verschärfung der innerpolitischen Situation in der Zone selbst ist nach den Berichten der Berlin-Besucher von jenseits des Eisernen Vorhanges durchaus möglich. In den letzten Monaten war nicht zu übersehen, dass sich trotz der Verschlechterung der Ernährungslage, des Anziehens der Normenschraube und eines weitgehenden Sinkens der Löhne die Arbeiterschaft in oppositionellen Äußerungen, soweit sie überhaupt möglich sind, zurückhielt. Diese Stillhaltetendenz war nicht zuletzt auf die Erwartungen zurückzuführen, die die Bevölkerung an die Genfer Konferenz knüpfte. Die Zerstörung dieser Hoffnungen kann nun sehr wohl eine verstärkte Spannung in dem Verhältnis zwischen der Masse der Bevölkerung und den Trägern des Systems zur Folge haben. Für den westdeutschen Beurteiler, so sagt man, mag Genf auch positive Elemente gerade im Hinblick auf eine Fortentwicklung der allgemeinen Entspannung aufweisen. Für den Zonenbewohner aber und seinen unmittelbaren Interessenbereich will eine atmosphärische Entspannung wenig besagen, da sie die oft an Verzweiflung grenzende Enttäuschung über sein und seiner Angehörigen Schicksal nicht von ihm nimmt.

Die Deutschen östlich der Elbe sehen außerdem nach der Genfer Konferenz die Gefahr, dass der Westen seine, in der Vergangenheit immer wieder mit Nachdruck vertretene These doch einmal aufgeben könnte, dass Entspannung und Sicherheit in Europa niemals ohne deutsche Wiedervereinigung erreicht werden können. Zwar ist in den Empfehlungen an die Außenminister die enge Verbindung von europäischer Sicherheit und deutscher Frage festgelegt. Aber bei näherem Zusehen erweist sich, dass in der deutschen Frage nur sehr unklare Formulierungen für die künftige Arbeit der Außenminister zu finden sind, die die Bezeichnung Direktive oder Richtlinie kaum mehr verdienen.

Die SED-Presse lässt nichts unversucht, um die erwähnte Schlussfolgerung der Zonenbevölkerung zu unterstützen. Europas Sicherheit hänge nicht unbedingt von der Wiedervereinigung Deutschlands ab, glaubt das "Neue Deutschland" sinngemäß Genf interpretieren zu können. Die Zufriedenheit westlicher Kommentatoren, dass das gefährliche deutsche Thema erledigt werden konnte, ohne die friedliche Atmosphäre der Konferenz zu stören, findet in den sowjetischen Pressesstimmen die breiteste Wiedergabe.

Schließlich ist unverkennbar, dass die These des Kanzlers und seiner Mitarbeiter, erst die Politik der Pariser Verträge habe die Sowjets an den Verhandlungstisch geführt und werde sie auch zu Konzessionen in der Deutschlandfrage bereit machen, in der Zonenbevölkerung entscheidend an Glaubwürdigkeit verloren hat, das Ergebnis von Genf wird vielmehr als klarer Gegenbeweis gewertet. So sieht man auch mit größter Skepsis der Begegnung des Bundeskanzlers mit den sowjetischen Staatsmännern im September entgegen. Man befürchtet, dass das Thema der "Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik", das nach amtlichen Erklärungen auf beiden Seiten in Moskau zur Debatte steht, gerade auch nach den Lehren von Genf ein ernsthaftes Bemühen um die deutsche Wiedervereinigung von vornherein ausschließen wird.

Verantwortlich: Peter Raukau